Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

3.6.1922 (No. 128)

Visual Library

№ 128 Samstag, den 3. Juni 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 72 ℳ — Einzelnummer 1.— ℳ — Anzeigengebühr: 1.70 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Deutschland und Frankreich.

Unter dieser Ueberschrift wird der Reichskorrespondenz „Nord-Süd" unterm 2. Juni von ihrem Berliner Mitarbeiter geschrieben:

Wir wissen alle, daß der glückverheißende Anfang der Genueser Konferenz nicht das gebracht hat, was man erwarten konnte. Wenn die Konferenz begann mit dem Auftakt der Gleichstellung aller in Genua versammelten Völker, mit einer Art stillschweigender Ausmerzung oder Beiseitestellung der Scheidung in Sieger und Besiegte, so hielt diese Neuordnung nicht lange vor. Und der erste selbständige Schritt, den Deutschland tat, um in den wahren Frieden und die demokratische Gleichstellung der Völker Europas überzuleiten, führte in der Entente, zumindest in einem Teile der Entente, zu starrer Ablehnung und einem Rückfall in die alte Methode, dessen freilich niemand mehr froh werden sollte, nicht einmal der, der ihn veranlaßte. Allerdings fällt kein Baum auf den ersten Streich und es braucht mehr als einen Tropfen, um einen Stein zu höhlen. Und so haben diejenigen, die auf den Frieden in Europa warten, noch unendliche Geduld nötig, ehe sie das Ziel ihrer Sehnsucht erreichen.

Inzwischen darf man der deutschen Regierung als ein Verdienst anrechnen, daß sie durch einen politischen Gewitterschauer und einige neue Enttäuschungen sich nicht abhalten ließ, auf dem einmal beschrittenen Wege der Erfüllungspolitik weiterzugehen und alles zu versuchen, um den Beweis zu liefern, daß sie zu endgültiger Verständigung ebenso wie zu schweren Opfern bereit ist, vorausgesetzt, daß man dem Deutschen Reiche seine Souveränität, dem deutschen Volke eine menschenwürdige Existenz und der deutschen Arbeit die Möglichkeit läßt, in einen ungehinderten Wettbewerb mit der ganzen Welt zu treten.

Jenseits des Rheines ist aber auch diese Geste wieder einigermaßen mißverstanden worden, und zwar offenbar aus der nicht wegzuleugnenden Tatsache heraus, daß man in Frankreich trotz dem Siege noch viel tiefer in der Kriegspsychose steckt, als in Deutschland, das den furchtbaren Krieg verlor und im Ringen mit seinen zahlreichen Gegnern sich bis zum Weißbluten erschöpfte. Denn wenn man in der französischen Presse fast täglich lesen kann, daß Deutschland nichts anderes tut als jammern, daß es sehr eifrig das italienische Sprichwort befolgt „Wer nicht jammert, erhält nichts", so kann doch der, der unbefangen die Entwicklung der Dinge in Europa sich ansieht, nicht umhin, festzustellen, daß, wenn irgendwo wirklich unausgesetzt gejammert wird, dies in Frankreich geschieht. Es soll gar nicht geleugnet werden, daß der Krieg weite blühende Striche des von der Natur so wunderbar gesegneten Landes verwüstet hat und daß das ein furchtbarer Schlag für Frankreich war. Aber war es denn wirklich nötig, daß vier Jahre nach Kriegsende dort immer noch eine solche Wüstenei herrscht, daß sich der Wanderer mit Grausen wendet? Man kann Frankreich doch wohl den Vorwurf nicht ersparen, daß es hier mit starker Koketterie und zum Zweck der Erweckung des Mitleids einen Zustand verewigt, der längst der Vergangenheit angehören könnte. Und wenn man die Dinge kühl betrachtet, ist denn dies etwas anderes als eine ewige Klage, eine unausgesetzte Anrufung des Mitleids der anderen? Und das tut der Sieger. Und dann wirft er dem ausgepowerten, der besten und wirksamsten Mittel seiner Arbeit beraubten, an allen Ecken und Kanten um Hab und Gut gebrachten Gegner vor, daß er Klagen ausstößt, wenn er sich gegen vollständige Knebelung und Versklavung energisch sträubt, nur um, auch im Interesse der Sieger, Ellbogenfreiheit genug zu haben, zu arbeiten und neue Werte zu schaffen, damit die Spuren des Krieges verschwinden und die neue Generation ihres Daseins froh werden kann.

Woher kommt es denn, daß Fremde, die auf ihren Reisen von dem namentlich unter der gütigen Sonne immer wieder schönen Paris nach dem auch bei klarstem Wetter nicht gerade einladenden Berlin kommen, trotz allem Schönen in Paris und allem Häßlichen in Berlin, dennoch den Eindruck gewinnen, daß sie (wenn man den Eindruck nicht zu allgemein fassen will) von der Nacht in den Tag, von der Vergangenheit in die Zukunft kommen? Es dürfte eben doch wohl so sein, daß in Paris mehr gejammert wird als in Berlin, daß man in Paris viel weniger von der furchtbaren Vergangenheit loskommt als in Berlin, und daß trotz aller gar nicht zu leugnenden Auswüchse des gegenwärtigen Lebens in der deutschen Reichshauptstadt der Pulsschlag des neuen Lebens an der Spree etwas Erschrischenderes und Zukunftsfreudigeres hat als an der Seine.

Es ist für den unbeteiligtetn Beobachter gewiß reizvoll, für den vom Gegenwartsleben gepeinigten Deutschen schmerzvoll zu sehen, wie sich dieser verschiedene Geist, diese verschiedene Lebensauffassung noch in diesen letzten Tagen in zwei Noten spiegelt, deren Wege sich kreuzten und deren eine die Unterschrift von Poincaré, die andere die Unterschrift von Wirth trägt. Während die deutsche Note den Weg der Verständigung sucht, den Weg in die Zukunft baut und zwar über Hindernisse schwerster Art, über Konzessionen und Opfer hinweg, die einem großen Teil der Volksvertreter und einem großen Teil der Volksvertreter und einem wesentlichen Teil der öffentlichen Meinung als viel zu weitgehend erscheinen, da sie die Steuerkraft des deutschen Volkes über alles Maß belasten, ist die von Poincaré unterzeichnete Note der Botschafterkonferenz ein klassisches Beispiel der alten Diktiermethode, die ja schon aus dem mittleren Europa ein fast unentwirrbares Chaos gemacht hat. Denn auch diese Note über die Eisenbahnen im Rheinland kann nichts anderes als zerstören, sie verlangt Vernichtung von bestehenden oder im Bau befindlichen Einrichtungen des rheinischen Eisenbahnnetzes, was fast unerschwingliche Kosten verursachen wird, und das alles lediglich weil diese Eisenbahnlinien und -Einrichtungen nach der Meinung der Gegner einmal strategisch ausgenutzt werden könnten, was ja tatsächlich in einem völlig entwaffneten Deutschland als ausgeschlossen gelten muß. Mit demselben Rechte könnte schließlich die Botschafterkonferenz fordern, daß sämtliche neugeborenen Knaben in Deutschland sofort getötet werden. Denn diese könnten doch sicher einmal erst recht militärisch ausgebeutet werden.

Daß sich aber doch selbst in Frankreich in der öffentlichen Meinung etwas geändert hat seit der Zeit, als die Droh-, Befehls- und Zerstörungsnoten der Entente nur so regneten, das sieht man an dem Echo, daß die beiden letzten Noten auch in Frankreich finden. Es weht selbst aus dem französischen Blätterwald ein etwas ungewohnter Wind. Der Gedanke der Verständigung findet doch schon mehr Anhänger. Und gegen den Geist des „Huissier", der wie man an zahllosen Beispielen des öffentlichen und privaten Lebens nachweisen könnte, besonders in Frankreich blüht und der mit unbarmherziger, aller Großmut barer Härte alle Rechte aus dem gewonnenen Prozeß bis zur letzten Möglichkeit auszubeuten bestrebt ist, machen sich Stimmen der Vernunft bemerkbar, die nichts mehr von Prozessen wissen wollen, die sogar den Gedanken der Konkurrenz ausschalten und nur noch den nüchternen Gedanken gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit zum gemeinsamen Ausbau gelten lassen wollen.

Sicher sind alle diejenigen — es sind immer noch nicht sehr viele, wenn auch mehr als früher — die in Frankreich diesen neuen Weg der Verständigung gehen wollen, nicht von denselben Motiven geleitet. Sicher sind sie auch ebensowenig durch dieselben Ursachen auf den Weg europäischer Verständigung gedrängt worden. Wenn aber viele von ihnen der Meinung sind, daß Deutschland nur der Not gehorchend, nur unter dem Druck der Drohungen mit Besetzungen neuen deutschen Gebietes nachgebe und sich konziliant zeige, so kann man das dahingestellt sein lassen. Denn das ist kein einfaches Rechenexempel, das man mit Kenntnis arithmetischer Formeln leicht und eindeutig löst. Auch kann man andererseits fragen, was an der Seine geantwortet werden soll, wenn man erklärt, daß dort sicher viele nur unter scharfem Druck zu der neuen Heilswahrheit sich bekehren und daß zwei Faktoren, welche wesentlich zu einem Meinungsumschwung in Paris geführt haben dürften, die Namen Morgan und Kahn tragen. Auch darf man sagen, daß im großen und ganzen die im Laufe der letzten Monate zahlreicher gewordenen Anzeichen einer bedeutenden Festigung der nationalen Einigkeit in Deutschland ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung der Franzosen nicht verfehlt haben dürften. Denn es ist eine gröbliche Verkennung der Psychologie der Franzosen zu glauben, daß man, um ihr Vertrauen zu gewinnen, nur Ja und Amen zu Allem zu sagen brauchte, was sie vorbringen. Diese Erfahrung hat ja zu ihrem eigenen schmerzlichen Erstaunen und zu ihrem persönlichen Schaden schon lange eine große deutsche Zeitung machen müssen, die gewiß gutgläubig aber in voller Verkennung der französischen Politik durch fast schrankenlose Anerkennung der französischen Politik das Wohlwollen Frankreichs für Deutschland hervorzurufen sich bemühte und tatsächlich nur das größte Mißtrauen an der Seine erzeugte.

Zweifellos ist man nicht über dem Berg. Es wurde schon vor acht Tagen hier gesagt, daß dem deutschen Volk noch sehr schwarze Tage bevorstehen. Aber aus der Tatsache, daß auch in Paris eine starke Bedrängnis von verschiedenen Seiten, nicht nur von Amerika her, gefühlt wird, kann auch für die Zukunft alles mögliche Gute erhofft werden, zumal da, wie eben auseinandergesetzt, schon jetzt die Begleitmusik der Pariser Presse in der Angelegenheit der deutsch-französischen Beziehungen auf einen teilweise erheblich anderen Ton gestimmt ist.

Badische Wochenrückblicke.

Die Theaterfrage im Landtagsplenum.

Wie vor kurzem im Haushaltsausschuß, so hat die Theaterfrage nun auch im Plenum des Landtags eine Erledigung gefunden, die von allen, die von der eminenten kulturellen Bedeutung der Bühne gerade für die Zeit der geistig-sittlichen Wiederaufrichtung unseres zerschlagenen und zermürbten Volkes überzeugt sind, mit Genugtuung begrüßt werden kann. Sind doch die kürzlich gemeldeten Anträge des Ausschusses von der überwiegenden Mehrheit der Volksvertreter gutgeheißen worden. Maßgebend dafür war vor allem die Überzeugung, daß das Theater tatsächlich eine wichtige Mission erfüllt und daß, wie der Staatspräsident im Laufe der Debatte bemerkte, in weiten Kreisen und in allen Ständen des Volkes das Bedürfnis nach guten Theatervorstellungen besteht. Wie zutreffend dieses Argument ist, erhellt ja schon allein aus der regen Beteiligung, deren sich speziell in Karlsruhe der Verein Volksbühne und der Bühnen-Volksbund nach wie vor zu erfreuen haben. Der gelegentliche Einwand, daß das Theater nur eine Vergnügungsstätte für die Reichen sei, ist dadurch allein schon hinfällig geworden. Und so darf man ruhig sagen, daß der Landtag durch seine entgegenkommende Haltung in der Theaterfrage der Allgemeinheit einen wertvollen Dienst erwiesen hat.

•

Vom Schulkinderelend und seiner Bekämpfung in Karlsruhe.

Die schulärztlichen Untersuchungen in den Karlsruher Schulen haben, wie aus dem kürzlich zur Ausgabe gelangten vierten Heft der „Statistischen Monatsberichte der Stadt Karlsruhe" hervorgeht, auch im letzten Berichtsquartal, also im 4. Vierteljahr 1921, Ergebnisse gezeitigt, die ein trübes Streiflicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse unserer städtischen Jugend werfen. Skrofulose, Rhachitis, Blutarmut, allgemeine Körperschwäche und Unterernährung, Tuberkulose, Wirbelsäulenverkrümmungen, Herz-, Hautkrankheiten und sonstigen Leiden —: die ganze Blütenlese der Kriegs- und Teuerungsfolgen, an denen die Kinderwelt zu Tausenden und Tausenden dahinsiecht, üben demnach weiter ihre zerstörende Wirkung aus. In welchem Maßstab, erhellt aus der Tatsache, daß allein rund 1200 von 4300 untersuchten Kindern skrofulös, 177 rhachitisch, 500 blutarm, 52 tuberkulös, bzw. tuberkulosegefährdet, 118 herzleidend und 214 hautkrank (darunter drei geschlechtskrank) waren.

Insgesamt sind nunmehr seit April 1920 fast 21 000 Kinder untersucht worden. Das Ergebnis der Untersuchungen waren 28 100 Krankheiten; eine Anzahl der Kinder litt demnach an mehreren Krankheiten. Von der Gesamtheit aller seit April 1920 bis jetzt festgestellten Krankheiten entfallen auf allgemeine Körperschwäche und Unterernährung, Blutarmut, Rhachitis und Skrofulose 14 646 Fälle = 52 Proz. und 1674 = 6 Proz. auf Lungenkrankheiten aller Art und sonstige Tuberkulose (einschließlich Gefährdung durch Tuberkulose). Diese Ziffern zeigen, wie der Bericht zutreffend hervorhebt, erschreckend deutlich, wohin wir durch Hungerblockade und Teuerung gebracht worden sind, und was für eine Bewandtnis es mit den von Ententeseite so oft behaupteten glänzenden wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands hat. Die Einbuße, die das ganze Volk an Gesundheit, an körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft erlitten hat, muß immer größer werden, wenn es nicht bald gelingt, die gesundheitlichen Mängel der Jugend wenigstens auf den „Normalstand" herabzudrücken.

Einen Schaden erkennen, bedeutet für den zielbewußten Sozialhygieniker zugleich, auf Mittel zu seiner Beseitigung sinnen. So wurden denn auch die bei der Untersuchung als krank befundenen Kinder nicht nur in schulärztliche Pflege genommen, sondern, wo es angebracht erschien, in Erholungsstätten, wie Solbad Dürrheim oder die Erholungsheime Herrenalb, Langenbrand, Rheinfelden, Heuberg und Schömberg untergebracht. Die Zahl der Verpflegungstage belief sich allein in dem Berichtsquartal auf rund 12 000. Im ganzen Jahr 1921 konnten 3362 Kinder in Erholungsheimen untergebracht und dort an rund 115 000 Tagen verpflegt werden. Den Hauptanteil stellten die Altersgruppen der Zehn- bis Vierzehnjährigen, nämlich 2120 Kinder. Von allen Kindern waren 1783 Mädchen und 1579 Knaben oder, anders geordnet, 3047 Volks- und 315 „höhere" Schüler; 228 waren Kriegerwaisen.

Im Zusammenhang damit stehen auch die Bemühungen um die Besserung des Ernährungszustandes der Schulkinder durch die Quäker- und die städtische Schülerspeisung. Das Hilfswerk der Quäker, dem der aufrichtigste Dank gebührt, wurde nach den Ferien, während deren es geruht hatte, am 17. Oktober wieder in Betrieb genommen. Sein Segen kam 1700 Schülern zugute, die mit rund 90 000 Rationen gespeist wurden. Im ganzen Jahre 1921 wurden für die Karlsruher Schüler, Mütter und Kleinkinder 630 225 Rationen abgegeben. Außerdem erhielten aus der gleichen städt. Küche im Jahre 1921 Durlach 108 500 Rationen, Ettlingen 67 200 und Bruchsal (aber in ungekochtem Zustande) 58 000. Auf der „städtischen Schülerspeisung" nahmen im Berichtsvierteljahr durchschnittlich täglich 349 Schüler teil.

Wie aus all diesen Mitteilungen zu ersehen ist, sind städtischerseits lebhafteste Bemühungen im Gange, dem Schulkinderelend zu steuern. Eine wertvole Förderung dieser Bestrebungen würde es bedeuten, wenn auch die Landwirtschaft sich zu noch reichlicheren Milchlieferungen in die Städte entschließen würde, als es heute der Fall ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten.

Beschlüsse des Reichsrates.

Im Reichsrat fanden vorgestern das Rathenau-Loucheur-Abkommen über Sachlieferungen, das deutsch-polnische und das deutsch-dänische Abkommen **Annahme.** Außerdem wurden angenommen: sämtliche vom Reichstag an den verschiedenen **sozialen Versicherungen vorgenommene Änderungen, der Gesetzentwurf zur weiteren Entlastung der Gerichte** und der Entwurf über die **Postgebührenerhöhung.** Dagegen stellen die Entwürfe über die **Verwendung von Wartegeldempfängern** und über die **Pensionskürzungen bei Ruhegehaltsempfängern** mit Arbeitseinkommen nach Meinung des Reichsrates **verfassungsändernde Gesetze** dar. Da sie im Reichstage **nicht mit qualifizierter Mehrheit zur Annahme gelangt sind, wären diese Vorlagen** — dem Reichsrat zufolge — **bis zu einer etwaigen Wiederaufnahme durch die Reichsregierung erledigt.**

Weiter beschloß der Reichsrat, im **Reichshaushaltsplan für 1922 die Ausgaben für Heimataufklärung** von 9 Millionen auf 6 Millionen herabzusetzen und bei den Ausgaben zur Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande ebenfalls 8 Millionen bei der vorgesehenen Erhöhung abzusetzen. Drei Vertreter des Reichsrates sollen in den parlamentarischen Beirat der Reichszentrale für Heimatdienst entsandt werden. Auf Antrag Preußens wurde der Ausgabentitel für Nachrichtendienst, der vom Reichstag auf 2 Millionen erhöht worden ist, auf den ursprünglichen Betrag von 220 500 herabgesetzt. — Ein Antrag Preußens zum Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu **Zollerhöhungen,** der dahin ging, die Reichsregierung zur Einführung und Erhöhung von Zöllen zu ermächtigen, falls der Reichsrat damit einverstanden ist, wurde mit 57 gegen 7 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Baden, Hessen, Bremen und Lübeck.

Aeußerungen des Reichswirtschaftsministers.

Reichswirtschaftsminister Schmidt, der der Eröffnung der Ersten Jahresschau deutscher Arbeit beiwohnte, äußerte sich bei dieser Gelegenheit zu den Vertretern der Presse über aktuelle wirtschaftspolitische Fragen.

Was die eventuelle **amerikanische Anleihe** betreffe, so sei es fraglich, ob nicht eine kurzfristige einer länger laufenden vorgezogen werden müsse, da sich die Tragbarkeit der durch diese übernommenen Lasten auf weite Sicht nicht abschätzen lasse. Da die Anleihegeber sehr wahrscheinlich nicht nur dem Schuldner, sondern auch der Entente klare Bedingungen stellen würden, hätten die gegenwärtigen Pariser Verhandlungen mit der Reparationskommission verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung. Für den Fall der Gewährung der Anleihe sei eine Besserung der Mark zu erwarten, aber kaum ein plötzliches Steigen des Kurses. **Die nicht zu umgehende Industriekrise** werde sich daher wohl in mäßigen Grenzen halten, um so mehr, als zwischen Inlands- und Weltmarktpreis nach Abzug der hohen ausländischen Schutzzölle immer noch ein ziemlich großer Spielraum bleibe. Man hoffe, daß im Anschluß an die Kommissionsverhandlungen in Genua, wo die Ausschußmitglieder der Ententestaaten die Notwendigkeit der **allgemeinen Meistbegünstigung bestätigt** hätten, in diesem Sinne ein Druck auf die Ententeregierungen ausgeübt werden könne. Die deutsche Regierung beabsichtige auch, **die Einfuhrsperre ganz aufzuheben** und nur für gewisse unerwünschte Artikel hohe Zölle bestehen zu lassen. Eine entsprechende Gesetzesvorlage sei bereits dem Reichsrat zugegangen. **Die Ausfuhrkontrolle könne noch nicht ganz fallen,** so fehle es zum Beispiel schon jetzt dem Baugewerbe an Zement. Da die **Kohlenversorgung** für die Industrie nicht ausreiche, sei man mit den Bergarbeiterorganisationen wegen Mehrförderung in Verhandlungen getreten. Die Förderung leide auch stark unter der neuerdings eingetretenen starken Abwanderung der Bergarbeiter, beispielsweise ins Baugewerbe und in die Metallindustrie, die höhere Löhne zahlen, und es werde sich daher nötig machen, **im Bergbau Lohnerhöhungen vorzunehmen,** was allerdings eine Erhöhung des Kohlenpreises zur Folge haben müßte, die die Industrie für undurchführbar hält. Bei einer Besserung der deutschen Valuta werde sich wohl auch wieder die jetzt zu teure Einfuhr böhmischer Kohle ermöglichen lassen. Der Einfuhr englischer Kohle stehe nicht so sehr der schon jetzt geringer gewordene Preisunterschied, als vielmehr die Beeinträchtigung der Handelsbilanz und die Devisenbeschaffung entgegen.

Zur **Hilfsaktion für die Presse** wies der Minister auf die Herabsetzung der Frachtraten für Zeitungsdruckpapier hin. Man habe zunächst geplant, 60 Prozent der Ausfuhrgewinne der Zeitungsdruckpapierfabriken zur Papierverbilligung heranzuziehen, sei aber auf den auch im allgemeinen starken Widerstand der Industrie gestoßen. Das Reichswirtschaftsministerium sei eben nicht allmächtig. Man wolle nun aus dem Exportgewinn der gesamten Papierindustrie 1½ Prozent herausnehmen und strebe außerdem die **Bereitstellung eines billigeren Holzkontingents an,** wogegen sich allerdings wieder die forstreichen Staaten, vor allem **Bayern und auch Sachsen,** wendeten.

Schließlich teilte der Minister mit, daß für die neue Ernte im Herbst eine **Brotpreiserhöhung** bevorstehe. Die **Getreideumlage** soll zu höheren Sätzen beibehalten werden. Von einer Kartoffelumlage will die Regierung absehen.

Zur Vertagung des Finanzausschusses.

Der „Matin" schreibt, die erneute **Vertagung** des Finanzausschusses um eine Woche macht schon an sich keinen guten Eindruck. Auf Grund der Nachrichten, die trotz Diskretion durchgedrungen seien, könne von einem wenigstens **vorübergehenden Scheitern** der Arbeiten des Finanzausschusses gesprochen werden. Der Berichterstatter des „Matin" will von einem hochstehenden Staatsmann erfahren haben, daß während der Arbeitsunterbrechung des Ausschusses die Regierungen unter sich verhandeln würden. Es sei aber wenig wahrscheinlich, daß sie zu einer Lösung des Problems gelangen würden. Die Regierungen selbst würden früher oder später gezwungen, die Verantwortung zu übernehmen.

Trotzki über den deutsch-russischen Vertrag.

In einer Unterredung, die der Moskauer Korrespondent der „Frk. Ztg." mit dem **Kommissar des russischen Kriegswesens, Trotzki,** hatte, erklärte dieser auf meine Frage, ob der in Rapallo geschlossene **deutsch-russische Vertrag** die Grundlage zu einer dauernden Vereinigung Deutschlands und Rußlands als Gegengewicht zu den übrigen europäischen Staaten bildet:

„Deutschland ist von Rußland durch denselben Unterschied im Eigentumsrecht getrennt, wie die Länder der Entente. Schon hierdurch ist es unmöglich, vom Rapallovertrag wie von einem defensiven oder offensiven Bündnis als Gegengewicht gegen andere europäische Länder zu sprechen. Es handelt sich lediglich um die Wiederherstellung der **elementaren wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.** Auf den Grundsätzen des Rapallovertrages ist die Sowjetregierung bereit, bereits heute Verträge mit jedem anderen Lande abzuschließen. Die Redereien von einem **geheimen Bündnis** oder von einer **militärischen Konvention** sind ein **augenfälliger Unsinn,** dem im Ernst wohl kaum jemand Glauben schenkt."

Weiter fragte ich Trotzki: „Bestehen Symptome, welche auf die **Möglichkeit eines neuen Krieges hindeuten?**" Antwort: „Ich glaube **nicht an die Möglichkeit einer neuen Intervention.** Die Versuche der konterrevolutionären Emigranten, Polen, Rumänien u. a. Länder gegen Rußland aufzuhetzen, bestehen zwar fort. Nach der Genueser Konferenz wird jedoch das Programm der Sowjetregierung den Völkern Europas und unseren nächsten Nachbarn deutlicher als vor Genua sein. Deshalb **glaube ich nicht an den Erfolg der obenerwähnten Versuche** und ich glaube nicht, daß in Warschau, Bukarest oder Belgrad so wenig nüchterner Verstand zu finden sein wird, um diese Abenteuerpolitik mitzumachen.

Zum Schluß wandte sich Trotzki den Beziehungen Rußlands zu den **Vereinigten Staaten zu:** er sagte: „Da ausschließlich die Vereinigten Staaten über bedeutende Hilfsmittel verfügen, so ist Rußland natürlich **in erster Linie** an einem Übereinkommen mit **diesem Lande interessiert.** Die amerikanische Ausbreitung kann in Rußland nur einen wirtschaftlichen Charakter haben. Die **Ausbreitung Japans trägt einen kriegerischen Charakter und ist gewaltsam.** Aus diesem Grunde sind wir selbstverständlich daran interessiert, mit den Vereinigten Staaten zu einer Verständigung zu gelangen, um weitere Garantien gegen die räuberischen Absichten der japanischen Regierung zu erlangen. Was die Stimmung der regierenden Kreise in den Vereinigten Staaten anlangt, so bin ich hierüber nicht genügend orientiert. Doch möchte ich die letzten Erklärungen des **Präsidenten Harding** in dem Sinne verstehen, daß die Traditionen des Wilsonismus in der russischen Frage einer Liquidation entgegengehen und daß die amerikanische Regierung heute der russischen Wirklichkeit gegenüber sich nüchterner verhält. Sollte diese Sinnesänderung sich vollzogen haben, so ist eine Verständigung mehr als wahrscheinlich."

1. Kongreß des Gesamtverbandes deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften.

Aus **Essen** wird gemeldet:

Der zweite Tag der Tagung begann mit einer ausgiebigen Debatte über die Streikfrage, die beinahe den ganzen Vormittag einnahm. Als **Ergebnis der Streikdebatte wurden Richtlinien** angenommen, die folgendes besagen:

„Die **praktische Anwendung des Streiks** verstößt zwar nicht gegen die Strafgesetze, **bedeutet aber den Einsatz der Beamtenstellung. Eine Unterscheidung zwischen Lohn- und Existenzstreik ist unmöglich.** Von Regierung und Reichsrat wird erwartet, daß die **rechtliche Seite** der Beamtenstreikfragen in Bälde durch Reichsgesetz geregelt wird; dabei ist zum Ausgleich von Konflikten zwischen Beamtentum und Regierung eine mit ausreichenden Qualitäten ausgestattete Schlichtungsstelle zu schaffen. Die Anerkennung der Verhandlungsfähigkeit der Beamtengewerkschaften durch Regierung und Parlament ist eine Selbstverständlichkeit.

Das Recht des Beamten, seine verfassungsgemäß gewährten Beamtenrechte durch das Mittel der Arbeitsverweigerung zu verteidigen, bleiben unberührt bestehen.

Den Staatsarbeitern und Angestellten steht das Streikrecht zu. Anschließend daran gab Schriftleiter **Rümmele-Karlsruhe** ein eingehendes Referat über Staatsarbeiterfragen. Dem folgte ein Referat von **Buchats-Berlin** über die Staatsangestelltenfragen. Daraufhin sprach der Geschäftsführer des Geamtverbandes deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, **Fecht-Berlin,** über Beamten- und Wirtschaftsfragen. Er wies eingehend nach, wie die **wirtschaftliche** Lage der Beamtenschaft vom Versailler Friedensvertrag beeinflußt wird. Die Wirtschaftsfragen müssen auch in der Beamtenbewegung behandelt werden. An die 3 Referate schloß sich eine eingehende Aussprache."

Kurze polit. Nachrichten.

Die französische Kammer beschloß die Interpellationsdebatte mit einem Vertrauensvotum, in der sie erklärt, daß sie im Vertrauen auf die Regierung deren Erklärungen **billigt.**

Badische Uebersicht.

Die Kohlenversorgung Badens im Mai.

Die **Badische Landeskohlenstelle** teilt mit:

Trotz günstiger Wagenbestellung und gutem Rheinwasserstand (Cauber Pegel über 3 Met.), war die Versorgung Badens mit Ruhrkohlen im vergangenen Monat mangelhaft. Als Gründe hierfür müssen der Förderungsrückgang, Teilstreiks und insbesondere die Ententeforderungen angeführt werden. Besonders fühlbar waren in diesem Monat die schlechten Zufuhren in Qualitätskohlen für die lebenswichtigsten Werke, vor allem an die Gas- und Elektrizitätswerke; bei den ersteren mußten daher verschiedentlich Betriebseinschränkungen vorgenommen werden. Ebenso sind die Anlieferungen an die Industrieverbraucher weit hinter dem Bedarf geblieben. Käufe in ausländischen Brennstoffen, Saar- und englischen Kohlen, mußten in größerem Umfang getätigt werden.

Bekanntlich hat das Reichsfinanzministerium vorläufig vom 1. Mai 1922 bis einschließlich 31. August 1922 die Kohlensteuer auf ausländische beziehungsweise **Saarkohlen** erlassen, um der Industrie die Möglichkeit zu geben, sich einigermaßen zu bevorraten.

Günstiger war die Anlieferung in mitteldeutschen Braunkohlenbriketts durch die Maßnahmen der Beschlagnahme der Produktion für Süddeutschland.

Unvermindert bleibt die Not in Zechenkoks. Sofern die Entente auf den erhöhten Forderungen besteht und die Konjunktur in der Metallindustrie anhält, ist eine Entspannung der Lage nicht zu erwarten. Im Vergleich zur vorjährigen Anforderung mußte die monatliche Kokslieferung an die Entente um das 3- bis 4fache erhöht werden. Nachdem der Metallarbeiterstreik Ende vergangener Woche beendet wurde, wird sich bei der guten Beschäftigung der Metallindustrie die Koksnot ganz empfindlich bemerkbar machen. Diese Industrien werden daher genötigt sein, teuren ausländischen Koks einzukaufen, um ihre Betriebe vor dem Stillstande zu bewahren. **Die Schmiedekohlenversorgung bleibt dauernd ungenügend.**

Die Kokslieferung für den Hausbrand zeigt dasselbe trostlose Bild wie bei der Industrie, auch die Braunkohlenbrikettslieferungen gingen stark zurück. Andererseits wurden ganz erhebliche Mengen Saarkohlen vom Hausbrand bezogen, was bei den teuren Preisen dieser Kohlen auch einen Rückschluß auf die schlechte Brennholzversorgung zuläßt.

Badischer Landtag.

Die Parteien zur Wohnabgabe.

Zu der wichtigen Vorlage der badischen Regierung über die Höhe der Wohnabgabe nahmen alle Parteien Stellung. Sie stimmten sämtlich der Vorlage zu, beurteilten sie aber im einzelnen wie folgt:

Ein **Zentrumsredner** wirft die Frage auf, ob wir uns nicht auf die Sätze des Reiches beschränken sollten; er ist schon heute für die Erhebung der Wohnabgabe vom Nutzungsberechtigten, also vom Mieter. Ein anderer Zentrumsredner ist für höhere Sätze der Wohnabgabe zu haben und ein dritter will sie sozial abgestuft wissen.

Ein Vertreter des Hausbesitzes (**Landbundes**) tritt für noch höhere Sätze, wie die der Vorlage ein; wir müssen bis zu 20 Prozent kommen. Ein Zehntel seines Einkommens muß jeder als Mietbetrag rechnen. In Karlsruhe wird man auf die 5fache Friedensmiete kommen. Von dem Recht, die Wohnabgabe unmittelbar vom Mieter zu erheben, sollten schon jetzt die Gemeinden Gebrauch machen.

Der **sozialdemokratische** Redner bemerkt: Die Wohnabgabe muß **unbedingt direkt vom Mieter erhoben werden,** und zwar monatlich, damit sie nicht allzu drückend wirkt. Vor allem ist eine **soziale Abstufung der Wohnabgabe,** also eine Berechnung nach der Höhe des Mietzinses, zu fordern. Das kann am besten geschehen durch die Einführung eines **Mietkatasters.** Der Redner stellt folgenden Antrag, der nachher auch von dem **demokratischen** und von einem **Zentrumsredner** befürwortet wird: „Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung wolle Vorschriften erlassen, daß die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern bis spätestens 31. Dezember d. J. **Mietkataster** aufzustellen haben, um dadurch die Unterlagen zu schaffen für die Erhebung der Wohnabgabe nach dem Mietwerte."

Der **demokratische** Redner macht darauf aufmerksam, daß zurzeit die alten Häuser einen so großen Schutz genießen, daß dies kaum mehr zu verantworten ist. Eine Frage ist auch, wie man die gewerblichen Gebäude zur Mietsteuer heranzieht. Mit den höheren Sätzen und der Einführung des Mietkatasters ist er einverstanden.

Der **unabhängige** Vertreter ist **gegen** das Gesetz, da die Minderbemittelten genau so viel bezahlen, wie die Bemittelten. Die Baustoffindustrie schließe sich immer mehr zusammen. Durch den Fall des Grundstücksperrgesetzes gehen zurzeit viele Häuser an das Ausland über.

Der **deutschvolksparteiliche** Redner tritt ebenfalls für Erhöhung der Sätze der Wohnabgabe ein und für die Ergebung der Steuer vom Mieter. Die Hetze gegen die Hausbesitzer muß schwinden; aber auch diese haben übers Ziel geschossen.

Der **deutschnationale** Redner sieht in der Wohnabgabe einen allmählichen Übergang zur freien Wirtschaft im Hausbesitzergewerbe. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter werden mehr Löhne fordern, das wird wieder auf die Produktion umgelegt werden müssen. Ein besonderer Paragraph müßte für die Vermieter geschaffen werden, die keine Miete von säumigen Zahlern erreichen können.

Die **Regierung** äußert sich zu dem sozialdemokratischen Verlangen nach dem Mietkataster, daß dasselbe an sich in einigen Jahren kommen werde; nur den Termin 31. Dezember wolle man hinausschieben. (Bei der späteren Abstimmung wird dann auch die Terminbestimmung gestrichen.) Die soziale Abstufung ist erst nach Fertigstellung des Mietkatasters möglich; deshalb sei das Verhalten des unabhängigen Vertreters (das auch von einem demokratischen Redner kritisiert worden war) unverständlich. Einen anderen Weg, Wohnungen herzustellen, gebe es nicht. Die öffentlichen Körperschaften müssen bauen, seitens der Privatunternehmer geschieht dies fast nicht mehr, denn seit der Friedenszeit habe sich das Bauen um das 103fache gesteigert. Der Quadratmeter Fläche kostet jetzt 5000 M. Man muß eine solche Wohnabgabe erheben, daß man bauen kann. Die Gemeinden dringen auf rasche Verabschiedung des Gesetzes. Die Staatsbürger, welche jetzt nicht wohnen können, haben auch einen Anspruch auf Wohnungen.

Damit war die Generaldebatte erschöpft; in der Spezialdiskussion wurden nur redaktionelle Änderungen angenommen, so u. a. bezüglich der **Dienstwohnungen** der Zusatz, daß die für die Reichsbeamten maßgebenden Bestimmungen entsprechend anzuwenden sind.

Bei der **Gesamtabstimmung** wurde das Wohnabgabegesetz gegen die Stimmenthaltung des unabhängigen Vertreters **angenommen,** ebenso der **sozialdemokratische** Antrag auf baldige Fertigstellung des Mietkatasters gegen die Stimmenthaltung des Landbundvertreters. Das Zentrum hatte noch folgenden Antrag eingereicht: „Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei der in Aussicht stehenden Neuregelung des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues folgende Gesichtspunkte zur Geltung kommen:

1. Schonliche Behandlung der **landwirtschaftlichen** Ökonomiegebäude,
2. ähnliche Berücksichtigung der **kleingewerblich** benutzten baulichen Anlagen,
3. Abstaffelung der Wohnabgabe für kinderreiche Familien."

Absatz 1 und 2 wurden mit 11 gegen 6 (sozialdemokratische und unabhängige) Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen, Absatz 3 einstimmig angenommen.

Die verheiratete Beamtin.

Eine längere Aussprache ergab sich im Ausschuß für Gesuche und Beschwerden bei dem von allen weiblichen Mitgliedern des Landtags gestellten Antrag **wegen Zahlung einer Abfindungssumme an verheiratete Beamtinnen.** Der Antrag wurde von Frl. Abg. **Beyerle** begründet. Sie führte aus, daß der Antrag durch die natürlichen Verhältnisse der Frau begründet sei.

Die Berichterstatterin, Frau Abg. Fischer, stellte sich auf den gleichen Standpunkt und führte an, daß andere Staaten eine Abfindung bei Eintritt der Mutterschaft bereits gewähren.

Von Zentrumsseite wurden dagegen Bedenken geäußert.

Der Regierungsvertreter gab die Zahl der badischen Beamten bekannt. Es sind beschäftigt im badischen Staat am 1. April 1922 22 212 Beamte, darunter 2991 weibliche, d. s. 13,5 Prozent. Der größte Teil davon entfällt auf das Unterrichtsministerium, und zwar 2368, hiervon sind nur 44 verheiratet.

Der Regierungsvertreter unterstützte den Antrag. Der Ausschuß nahm den Antrag: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin wirken zu wollen, daß möglichst bald den verheirateten Beamtinnen der Austritt aus dem Staatsdienst dadurch erleichtert werde, daß ihnen eine entsprechende Abfindungssumme gewährt wird", einstimmig an

Die Fliegerschäden.

Dem Landtagsausschuß für Gesuche lag u. a. auch ein Antrag wegen staatlicher Entschädigung durch Fliegerschäden vor. Er wurde der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiesen, bei der Reichsregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß das in Aussicht stehende Gesetz beschleunigt erledigt und in Vollzug gesetzt werden solle. Es handelt sich um einen Fall, in welchem im Jahre 1917 ein Familienvater durch eine Fliegerbombe getötet worden ist. Der Gesuchsteller verlangt für die Witwe und die Kinder bezüglich der Entschädigung Gleichstellung mit den im Felde Gefallenen.

Seitens des Regierungsvertreters wurde darauf hingewiesen, daß dies grundsätzlich anerkannt ist, indem die Unterstützungen entsprechend dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 gewährt werden. Wegen Erhöhung der Unterstützung liegt ein Gesetzentwurf dem Reichstag vor, der im zuständigen Ausschuß schon erledigt ist. Vorschüsse, entsprechend der dadurch eingetretenen Erhöhung sind seitens der badischen Regierung schon zur Auszahlung gelangt. Im übrigen begrüßt sie es, wenn das Gesetz im Reichstag bald zur Verabschiedung gelangt und bittet, in diesem Sinne auf die badischen Reichstagsabgeordneten einzuwirken.

Die Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen u. das Frauenwahlrecht in Baden.

„Über die Deutschen Nationalversammlungswahlen in Baden, die Badischen Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen und das Frauenwahlrecht" benennt sich eine soeben vom **Badischen Statistischen Landesamt** zur Ausgabe gelangte Druckschrift von 85 Seiten.

Die schon vor den badischen Landtagswahlen im Jahr 1921 bearbeitete, mit reichem und übersichtlichem Tabellenmaterial ausgestattete Veröffentlichung bezweckt nicht eine erschöpfende Darstellung des Frauenwahlrechts bei den bezeichneten Wahlen, sondern will nach der „Einleitung" nur das darüber in beschränktem Umfange vorliegende Material in geeigneter Bearbeitung den an der politischen Statistik interessierten Bevölkerungskreisen zugänglich machen. Besonders wertvoll macht die Schrift die mit ihr verbundene erstmalige Übermittlung von Ergebnissen über die **Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen,** welche im Land Baden im Frühjahr (Mai/Juni) 1919 durchgeführt worden sind. Aus den textlichen Ausführungen seien nur einige Feststellungen über diese letztgenannten Wahlen herausgegriffen.

In 1400 Stadt- und Landgemeinden Badens waren 46 733 **Gemeindeverordnete** und in den 10 Städten der Städteordnung 900 **Stadtverordnete,** im ganzen mithin 47 633 Gemeinde- und Stadtverordnete zu wählen. Ein Gemeindeverordneter kommt auf 31 Einwohner der Volkszählung 1910, auf 32 Einwohner der Volkszählung 1919 und auf 17 Wahlberechtigte zu den Gemeindeverordnetenwahlen. Dagegen entfällt in den Städteordnungsstädten erst auf 726 Einwohner der Zählung 1910, 765 Einwohner der Zählung 1919 und 415 wahlberechtigte Stadtbürger ein Stadtverordneter.

9659 **Gemeinderäte** waren in den 1545 Stadt- und Landgemeinden, 177 **Stadträte** in den Städteordnungsstädten zu wählen, so daß durchschnittlich je 154 bezw. 157 Einwohner der Volkszählungen 1910 und 1919 sowie 84 Wahlberechtigte von einem Gemeinderat, aber erst je 3691 bezw. 3892 Einwohner und 2112 wahlberechtigte Stadtbürger von einem Stadtrat vertreten werden.

520 **Bezirksräte** stehen den 53 Bezirksämtern zur Unterstützung in der staatlichen Verwaltung und zur Mitwirkung bei der Entscheidung öffentlich-rechtlicher Streitigkeiten zur Seite. Ein Bezirksrat ist im Landesdurchschnitt Vertreter von 4121 bezw. 4247 Einwohnern der Zählungen 1910 und 1919 und von 2277 Wahlberechtigten. 447 gewählte **Kreisabgeordnete** sind neben den Mitgliedern des Kreisausschusses in die elf Kreisversammlungen berufen und es entfällt somit ein Kreisabgeordneter auf 4794 bezw. 4941 Einwohner und 2648 der Wahlberechtigten zu den Kreisabgeordnetenwahlen.

Während bei den Reichstags- und Landtagswahlen die **Wahlkämpfe** fast ausnahmslos, bei den Bezirksrats und Kreisabgeordnetenwahlen ganz vorwiegend zwischen den politischen Parteien ausgefochten werden, treten bei den Gemeindewahlen die politischen Gesichtspunkte vielfach hinter die örtlichen oder wirtschaftlichen Interessen zurück. Zwar führen auch in den großen Gemeindewesen in der Hauptsache noch die politischen Parteien die Wählerschaft bei den Gemeindewahlen, doch wetteifern unabhängig von ihnen wirtschaftliche und soziale Interessenverbände ebenfalls um den Einfluß auf die Verwaltung der Gemeinden.

Die politischen Landesparteien beherrschten zu 97,5 und 96,7 v. H. die Kreisabgeordneten- und Bezirksratswahlen, während sie bei den Gemeinde-(Stadt-)verordnetenwahlen und Gemeinde-(Stadt-)ratswahlen nur noch schwach drei Fünftel der Vertretersitze (58,9 und 56,7 v. H.) erringen konnten. Die gewählten Vertreter der **Zentrumspartei** sind bei allen diesen Wahlen in der großen Mehrheit. Den zweitgrößten Wahlerfolg hatte die **Sozialdemokratische Partei;** die dritte Stelle nehmen die Erfolge der **Deutschen demokratischen Partei** ein. In weitem Abstand folgt die **Deutschnationale Volkspartei** und an letzter Stelle steht die **Unabhängig sozialdemokratische Partei.**

Für die mit Wahlvorschlägen aufgetretenen **örtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessengruppen** sind 24 Einzel- und Sammelgruppen gebildet worden, von denen die „**Bürgervereinigungen**", rein örtlichen und persönlichen Interessengruppen, „**Landwirtschaftlichen Interessengruppen**" und „**Arbeitervereinigungen**" mit den größten Vertreterzahlen hervorgehoben werden müssen. Besonderer Erwähnung verdienen hier noch die „**Interessengruppen nach Besitz- und Steuerklassen**", „**Gewerblichen Interessengruppen**", „**Beamte und Angestellte, Festbesoldete**", „**Krieger- und Kriegsteilnehmervereinigungen**", „**Landwirte und Handwerker**" usw.

Von den 838 **weiblichen** Gemeinde-(Stadt-)verordneten (nur 1,76 v. H. aller Vertreter) entsendet die **Zentrumspartei mit** nahezu einem Drittel aller gewählten Frauen die meisten Vertreterinnen in die **Gemeinde-(Stadt-)verordnetenkollegien, die Sozialdemokr. Partei** von den 14 **weiblichen** Gemeinde-(Stadt-)räten (nur 0,14 v. H. aller Vertreter) **mehr als** ein Drittel in die **Gemeinde(Stadt-)ratskollegien.**

Die **Bezirksratswahlen** erbrachten nur 2 **weibliche Vertreterinnen** (0,4 v. H.) je einen weiblichen Bezirksrat der Deutschnationalen und des Zentrums-, die **Kreisabgeordnetenwahlen** 7 (1,6 v. H.) **weibliche** Abgeordnete — 4 Angehörige des Zentrums, 2 Sozialdemokraten und 1 Anhängerin der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Aus der Darstellung der Ergebnisse für die zwei **Gemeindewahlen** nach fünf **Gemeindegrößenklassen** ergibt sich der mit der Größe der Gemeinden zunehmende Einfluß der **politischen Landesparteien** auf die Führung der Gemeindewähler. Im umgekehrtem Verhältnis gleitet die Führung der Gemeindewahlkämpfe den **örtlichen und wirtschaftlichen Interessengruppen** mit zunehmender Größe der Gemeinden aus der Hand.

Auch der Anteil der **Frauen** an der Zahl der gewählten Vertreter und damit das Verständnis für die Mitarbeit der Frauen an der Wohlfahrt der Gemeindewesen ist bei den Gemeindewahlen steigend mit der Größenklasse der Gemeinden.

* * *

(Abdrucke dieser in den „Statistischen Mitteilungen über das Land Baden" **nicht** erscheinenden Sonderdruckschrift können in beschränkter Zahl durch die **C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H. in Karlsruhe** zum Preise von 20 Mark bezogen werden.)

Lohnbewegung im Hoch-, Beton- u. Tiefbaugewerbe in Ober- und Mittelbaden.

Lohnbewegung im Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe in Ober- und Mittelbaden betr.

Unter dem Vorsitz von Gewerberat Emele trat im Arbeitsministerium das vereinbarte Schiedsgericht, bestehend aus den Herren Architekten **Trier**-Karlsruhe, **Schlöder**-Freiburg, Stadtrat **Philipp**-Karlsruhe und Landtagsabgeordneter **Heurich**-Freiburg, zusammen und faßte folgende Beschlüsse:

1. Auf die tariflich vereinbarten Mailöhne werden ab 1. Juni 1922 folgende Zuschläge festgesetzt:

Lohngruppen I, Ib, II:	4 Mark in der Stunde
Lohngruppen III, IV, V	3.90 Mark in der Stunde.

2. Die Löhne der jugendlichen Arbeiter erhöhen sich nach dem Prozentschlüssel des Tarifvertrages.

3. Das Schiedsgericht empfiehlt den Arbeitgebern des Bezirks Freiburg, den Lohnausgleich von 25 Pfg. pro Stunde auf die Lohnhöhe von Karlsruhe ab 1. Juni 1922 zu bewilligen, die der neue Bezirkstarifvertrag gebracht hätte, wenn der neue Reichstarifvertrag rechtzeitig in Kraft getreten wäre.

4. Den Gipsern ist ein Zuschlag von 2 Mark auf die Maurerlöhne zu bezahlen. Wo die Gipser schon höhere Löhne erhalten, bleiben sie auch weiterhin bestehen.

5. Arbeiter, die nach dem 1. Juni 1922 austreten, haben Anspruch auf diese Erhöhung.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren.

Aufgehoben ist die Annahmesperre an Firma Bopp und Reuther in Mannheim-Waldhof, sowie an Firma Brown Boveri & Co. in Mannheim-Käfertal.

Aus der Landeshauptstadt.

„Anthroposophie und Christentum" war das Thema des letzten von den Ortsgruppen der Anthroposophischen Gesellschaft und des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus veranstalteten und sehr gut besuchten Vortrags, zu dem Herr D. Dr. Chr. **Geyer,** der Hauptprediger an der Sebalduskirche in Nürnberg, gewonnen worden war. Nach den in letzter Zeit von verschiedenen Seiten wiederholten Angriffen gegen die Anthroposophie sollte nun auch einmal ein Vertreter des geistlichen Standes einer christlichen Kirche über die Geisteswissenschaft sprechen, der aus vollständig freier Stellungnahme (er ist nicht Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft). aber aus wirklicher Kenntnis der Sache heraus sein Urteil über Bestrebungen und Ziele der Lebensarbeit Dr. Rudolf Steiners sich gebildet hat. Über den Vortrag geht uns der folgende Bericht zu: „Es muß gesagt werden, so führte Dr. Geyer aus, daß Anthroposophie als Wissenschaft zunächst unmittelbar nichts zu tun hat mit Religion, als der rein innerlich persönlichen Stellungnahme des Menschen zu den höheren Welten, bleibt also die religiöse Gefühlswelt vollständig unbeeinträchtigt von der Anthroposophie, so vermag andererseits gerade die durch sie gegebene Möglichkeit der Erweiterung unseres Wissens unser religiöses Verständnis und unsere religiösen Vorstellungen ergiebig zu befruchten. Das gilt von der neuen Kosmologie sowohl wie von der neuen Psychologie, wie sie von Dr. Rudolf Steiner vertreten werden. Das wurde von dem Redner an zahlreichen Beispielen erläutert, von denen nur ganz kurz einige wenige angeführt werden können. So berichtete der Redner, daß ihm auf diese Weise ein neues Verständnis des religiösen Grunderlebnisses, der Prophetie, möglich geworden sei. Ein Prophet ist ihm eine Persönlichkeit, die jedenfalls mehr sieht und mehr hört als andere und die damit in der Lage ist, Dinge zu verkünden, die ihren Mitmenschen nicht offenbar sind. Durch Geisteswissenschaft aber wird nun der Weg gezeigt, wie eine Art von höherem Sinneswerkzeug, von höherem Wahrnehmungsorgan, im Menschen zur Tätigkeit erweckt werden kann, wodurch die Grenzen der gewöhnlichen Erkenntnis zu überschreiten möglich wird. Dieses Organ ist nach dem Redner dasselbe, das eigentlich als das Organ des Glaubens im Sinne der Bibel anzusprechen wäre. Dadurch wird alles, was die Bibel über das „Glauben" sagt, in ganz außerordentlicher Weise dem Verständnis nahegerückt. Ähnlich wie bei diesem Beispiele konnte der Redner auch bei vielen anderen aus dem Gebiete der religiösen Vorstellungswelt die Befruchtung durch diese neue Möglichkeit einer erweiterten Erfahrung zeigen. Von der geistlosen Natur, die wir heute einerseits in der Naturwissenschaft nur noch hätten, und dem naturlosen Geist, in dem die übrigen Wissenschaften heute nur noch lebten, kämen wir so durch Rudolf Steiner allmählich wieder zu einer geistdurchwalteten Natur. Geist und Natur gehören für diese Anschauung, wie für Goethe, ein für allemal zusammen. Und wir Menschen selbst werden damit Bürger einer unendlichen Welt, wodurch wir auch als einzelne eine ganz andere Stellung im Kosmos einnehmen. Und „an Stelle der heutigen „Psychologie ohne Seele" tritt eine wirkliche Seelenwissenschaft, in der sich wirkliche Einsichten über Tod und Unsterblichkeit, über die Schicksalsfrage und vieles andere gewinnen lassen, das wir durchschauen müssen, sollen wir nicht am Leben verzweifeln". Vor allem aber tritt dem Erforscher dieses Gebietes das geistige Erlebnis des Christus als lebendig wirkende Wesenheit entgegen, für jeden einzelnen unmittelbar erfahrbar und so auch wieder neues Verständnis erschließend, neue Kraftimpulse spendend. Und genau das Gleiche trifft zu in der Frage der Auferstehung. So wolle Geisteswissenschaft keine bloße Theorie, sondern vor allem eine praktische Lebensanleitung sein, eine Lebensanleitung, deren praktische Prüfung im Leben der Redner schon seit über 10 Jahren betreibe. Von einem gegnerischen Standpunkte ausgehend, hat er nur die besten Erfahrungen in einer ganz außerordentlichen Erhöhung seiner geistigen Leistungsfähigkeit dadurch beobachten können. Und zudem sei das, was Dr. Rudolf Steiner als erstes auf diesem Wege empfehle: erhöhte innere Sammlung, Konzentration und Meditation, ja durchaus nichts anderes, als was unsere Gegenwart am meisten brauche: innere Sammlung gegenüber der Zerrissenheit, unter der wir leiden: das Gebet. Wir leben heute in einer besonderen Art Übergangszeit; die heranwachsende Jugend hat schon heute ganz andere Bedürfnisse der Seele und des Geistes, als dies vor 10 Jahren noch der Fall war. Wenn auch viele Erwachsene heute den Materialismus nicht mehr werden überwinden können, die Jugend wird den Sieg über ihn erringen, und die heute noch so viel verachtete anthroposophische Psychologie wird nach des Redners fester Überzeugung in wenigen Jahrzehnten die selbstverständlichste Sache der Welt sein. Zum Schlusse rät er allen, der Geisteswissenschaft gegenüber das anzuwenden, was sich auch sonst dem Leben gegenüber oft empfiehlt, um die richtige Stellung zu finden: mit einem guten Auge alles anzublicken, was einem gegenübertritt, sachlich zu prüfen, was daran Gutes ist, um so zu finden, was der Menschheit förderlich sein kann."

Verbesserung des Schlafwagenverkehrs mit Karlsruhe. Ab 1. Juni d. J. stehen dem Karlsruher Verkehrsverein weitere Bettplätze im Holländer D-Zug 207 (Karlsruhe ab 11.05 N.) zur Verfügung und zwar im Wagen Nr. 2 (Basel—Amsterdam) die Plätze 11—20, im Wagen Nr. 3 (Basel—Oberhausen) die Bettplätze 1—8. Außerdem verfügt der Verkehrsverein ab 1. Juni über die Bettplätze 1—20 Wagen Nr. 12 im Berliner D-Zug (arlsruhe ab 7.12 N.) unmittelbar. Damit ist dringenden Bedürfnissen der Karlsruher Geschäftswelt Rechnung getragen.

Badische Gemeindeschau.

Badischer Gemeindebeamtentag in Mannheim am 20.—22. Mai 1922.

Über den badischen Gemeindebeamtentag geht uns nunmehr in Ergänzung der bereits gebrachten kurzen Mitteilungen aus Verbandskreisen der angekündigte ausführliche Bericht zu, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Zu einer kraftvollen Kundgebung gestalteten sich die Tagungen der badischen Gemeindebeamten, welche sich am 20. und 21. Mai in Mannheim zusammenfanden, einmal, um innere Organisationsangelegenheiten zu beraten und weiterhin der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Organisation der Gemendebeamten marschiert. Es ist erfreulich zu konstatieren, daß sämtliche Tagungen vom Geiste der Sachlichkeit und des Pflichtbewußtseins getragen waren, und daß trotz der vielen Widerstände, die sich den Bestrebungen der Gemeindebeamten entgegensetzen, der Boden der Sachlichkeit in keinem Punkte verlassen worden ist.

Die Tagungen, insbesondere die Massenversammlung im Nibelungensaal am Sonntag, zeigten aber auch, daß die Gemeindebeamtenorganisation in allen ihren Bestrebungen von einem einheitlichen Willen getragen ist, und das ist das höchste Gut, das irgend einer Organisation beschieden sein kann.

Im neuen Rathaussaale in Mannheim fand am 20. Mai, vormittags 11 Uhr, die **Hauptversammlung des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Badens** statt, zu deren Vorsitzenden Stadtrechner Hermann von Stockach gewählt wurde. Der Vorsitzende des Vereins der städtischen Beamten Mannheims begrüßte mit herzlichen Worten die Erschienenen und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Tagung eine recht erfolgreiche sein möge. Verbandsdirektor Weiler gab an Hand des bereits in Nummer 32 der Verbandszeitung veröffentlichten Geschäftsberichts kurze Erläuterungen zu den einzelnen Positionen.

Besprochen wurden zunächst die Organisationsfragen, sodann die Besoldungsordnung, die Ortsklasseneinteilung u. das Sperrgesetz, Fragen der Ausbildung und Fortbildung, der Ausbau der wirtschaftl. Verbandsfinanzen. Eine Reihe dieser Punkte, zu denen Verbandsdirektor Weiler kurze Erläuterungen gab, bildeten den Gegenstand lebhafter Erörterungen, über die im einzelnen zu berichten an dieser Stelle zu weit führen würde und über die eingehende Mitteilungen in der Verbandszeitschrift erfolgen werden. Die Versammlung beschloß de-

„attelos und einstimmig, den **Verbandsbeitrag** ab 1. Juli 1922 wie folgt festzulegen: Jahresbeitrag für Beamte in Gemeinden bis 500 Einwohnern 40 M., bis 1000 Einwohner 60 M., bis 2000 Einwohner 80 M. und über 2000 Einwohner 100 M. Dem verdienten Altstadtrechner **Fecker** wurde für seine aufopferungsvolle Tätigkeit allgemeine Anerkennung ausgesprochen.

Die Zukunftsaufgaben faßte der Verbandsdirektor in folgenden Richtlinien zusammen:

1. Es muß seitens der Reichsregierung durch die Spitzenverbände eine klare Besoldungspolitik mit allem Nachdruck angestrebt werden. Wenn die Beamten Diener des Volkes sind, und sie sind es, dann hat der Staat die unabweisbare Pflicht dafür zu sorgen, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können. Den Beamten und insbesondere den Gemeindebeamten ist es nicht möglich, sich in gleichbeweglichem Maße, wie solches bei Arbeitern und Angestellten der Fall ist, den wirtschaftlichen Schwankungen in kürzester Frist durch Neubesoldungsregelung anzupassen. Aus diesem Grunde sind wir gezwungen,

2. das System der gleitenden Lohnskala als einzige Ausgleichsmöglichkeit gegenüber den wirtschaftlichen Schwankungen zu verlangen.

3. Der Reichsbund der Kommunalbeamten ist nach Lage der Sache gezwungen, im Deutschen Beamtenbunde mit aller Kraft dafür einzutreten, daß mehr wie bisher vom Deutschen Beamtenbunde in der Gesamtorganisation die Interessen der Gemeindebeamten berücksichtigt und vertreten werden.

Der einmütige Beifall der Schlußausführungen des Verbandsvorsitzenden gab Zeugnis davon, daß der Redner den anwesenden Delegierten aus dem Herzen gesprochen hat.

Der Nachmittag vereinigte die Delegierten des

Landesverbandes der städt. Beamten Badens

zur Beratung mit gleicher Tagesordnung. Zum Vorsitzenden wurde Verw.-Insp. **Böhringer** von Karlsruhe gewählt. Nach kurzen Begrüßungsansprachen verwies Verbandsdirektor **Weiler** zunächst auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht und bespricht in kurzen Umrissen die brennendsten Tagesfragen der Beamtenbewegung und führte dazu aus: „Mit allem Nachdruck müssen die Spitzenorganisationen auf Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechtes hinwirken. An der unerfreulichen Erscheinung, als welche der Streik der Eisenbahner betrachtet werden muß, trägt ein großer Teil der Schuld die andere Seite. Auch die Gemeindebeamten sind Gegner des Streikes, verlangen jedoch als Gegenleistung gesetzmäßige Sicherungen ihrer berechtigten Ansprüche; es ist nicht angängig, den Beamten lediglich Pflichten aufzubürden und gleichzeitig die Rechte vorzuenthalten. Es muß mit Bedauern konstatiert werden, daß bis zum heutigen Tage die Beamten noch keine gesetzmäßige Vertretung haben, welche wohl in der Lage wäre, der Austrag tiefgehender Differenzen, wie sich solche mit dem Eisenbahnerstreik gezeigt haben, hintanzuhalten. Der Deutsche Beamtenbund hat in einer langen Reihe von Sitzungen den Entwurf eines Beamtenrechts geschaffen. Der Altmeister des Beamtenrechts, Herr Geh. Admiralitätsrat Greß, wird in den nächsten Wochen nach Süddeutschland kommen und über das Deutsche Beamtenrecht aufklärende Vorträge halten. Es ist dringend notwendig, daß die Beamtenschaft endlich aus den dauernden Besoldungsfragen herauskommt, um auch andere dringend notwendige Aufgaben, welche nicht zuletzt auch im Interesse der Gesamtheit liegen, bearbeiten und erledigen zu können. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, daß in den Besoldungsfragen völlige Klarheit geschaffen wird und weiterhin, daß den nur zu berechtigten Wünschen der unteren und mittleren Besoldungsgruppen in einer Weise Rechnung getragen wird, welche einen Ausgleich der verschiedenen Berufsgruppen gegeneinander darstellt. Es müssen also die Bezüge der unteren Gehaltsgruppen, welche als durchweg unzureichend bezeichnet werden müssen, entsprechend erhöht werden; auch die mittleren Gehaltsgruppen bedürfen eines Ausgleiches. Redner verwirft die Verquickung der Besoldung der öffentlich-rechtlichen Beamten mit der Entlohnung der Arbeiter, wie solche bei Schaffung des Überteuerungszuschlages zutage getreten ist, da hierdurch nur Ungerechtigkeiten entstehen. Die großen Ortsklassenunterschiede müssen verschwinden.

Es ist Tatsache, daß die bisher geschaffenen Verbesserungen in der Beamtenbesoldung im Vergleich zur Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse als Verschlechterungen der Lebenslage der Beamten angesprochen werden müssen. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die Regierung dem von den Beamtenorganisationen propagierten Gedanken der gleitenden Lohnskala nun endlich näher getreten ist; hoffentlich wird sie bald zur Tatsache.

Weiterhin muß auch von unserer zentralen Organisation, dem Beamtenbund, verlangt werden, in größerem Umfange wie bisher, die Interessen der Gemeindebeamten zu wahren; der Reichsbund der Kommunalbeamten wird es an dem erforderlichen Nachdruck hierzu nicht fehlen lassen. Es muß verlangt werden, daß in erster Linie die Dienststelle als solche gewertet wird. Das Sperrgesetz muß fallen. Es würde eine der vornehmsten Aufgaben des Deutschen Beamtenbundes sein, seine ganze moralische Kraft zur Besserung hier einzusetzen."

In der Debatte erhob sich von mehreren Seiten Einspruch gegen eine Auslegung des § 48 Abs. 6 der Gemeindeordnung. Die Gemeindebeamten als Mitglieder der Stadträte u. Bürgerausschüsse wollten diese Stellung nicht dazu ausnutzen, sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Sie protestierten aber auf das Entschiedenste gegen ein Verfahren, durch welches sie bei Beratungen allgemeiner Beamtenfragen von der Mitwirkung ausgeschlossen werden sollen; solches bedeute einen Eingriff in die Staatsbürgerrechte. Die Versammlung schloß sich diesem Proteste einstimmig an.

Zur Frage der **wirtschaftlichen Selbsthilfe** verlangte Direktor **Weiler** in einem Referat u. a., daß den Führern in dieser Sache bestimmte Vollmachten erteilt werden, die der Redner in nachstehendem Antrage formuliert:

1. Durchführung der Pflichtmitgliedschaft aller Kollegen zur „Dawika",
2. Bevollmächtigung zur Verhandlung mit der Regierung und den Städten,
3. die eventuelle Gründung einer Gesellschaft, an der sich die süddeutschen Landesverbände, der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund und die Süddeutsche Beamtenwarenzentrale beteiligen,
4. Bevollmächtigung zur Einleitung von Verhandlungen zwecks Übernahme der Geschäfte der Warenverteilungsstellen in den einzelnen Ländern für Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte.

Die Versammlung stimmt nach kurzer Aussprache vorstehenden Anträgen zu, und erteilt Vollmacht in dem Sinne, daß der Ausschuß zur Bewerkstelligung dieses großen Werkes alles unternehmen könne, was er mit seiner Verantwortung decken kann. In der nächsten Hauptversammlung soll Bericht über diese Maßnahmen erstattet werden.

Anschließend daran werden nachstehende **Entschließungen** einstimmig angenommen:

Antrag **Zimmer**-Schwetzingen:

„Bei der Neuregelung der Besoldungsordnung für die Beamten der Stadtgemeinde Schwetzingen hat das Bezirksamt Schwetzingen in seiner Verfügung vom 4. April d. J. Bemerkungen ergehen lassen, die darauf hinauslaufen, dem Besoldungstarif eine andere Gestaltung zu geben und die Beamten in niedrigere Gehaltsgruppen zu drängen. Diese Bemerkungen überschreiten das Maß der den Bezirksämtern zugedachten Befugnisse, die in dem Erlaß des Ministeriums des Innern vom 21. Dezember 1920 über die Durchführung des Sperrgesetzes näher dargelegt sind.

Wir protestieren gegen diese Anmaßungen des Bezirksamtes Schwetzingen mit dem Antrage, die Angelegenheit dem badischen Ministerium des Innern zu unterbreiten."

Antrag der Verbandsleitung.

„Die heutige Hauptversammlung des Landesverbandes der städtischen Beamten Badens protestiert mit nachdrücklichster Entschiedenheit dagegen, daß man in rechtsirrtümlicher Anwendung des § 48 Ziffer 6 der neuen Gemeindeordnung Gemeindebeamte als Gemeinderats- und Bürgerausschußmitglieder bei der Behandlung von Beamtenvorlagen von Beratung und Beschlußfassung in einzelnen Gemeinden auszuschließen sucht."

Der Verbandsleitung wurde nachstehender Antrag zur Berücksichtigung überwiesen:

„Der Bad. Gemeindebeamtentag in Mannheim am 20.—22. Mai 1922 wird gebeten, den städtischen Musikern der Städte Freiburg, Baden-Baden und Heidelberg in Anbetracht ihrer besonderen Berufsverhältnisse und analog andern Gruppen der Beamten eine Fachgruppe innerhalb des Landesverbandes der städtischen Beamten Badens einzuräumen."

In den geschäftsleitenden Vorstand des Landesverbandes der städtischen Beamten werden nachstehende Kollegen zugewählt:

Für die Fachgruppe der Verwaltungsbeamten:

Verwaltungsdirektor **Kopp**-Freiburg;

für die Fachgruppe der Vollzugsbeamten:

Hausinspektor **Zapf**-Karlsruhe.

Verwaltungsdirektor Denninger-Karlsruhe wünscht hinsichtlich der Fachgruppenbildungen bei Durchführung der Kombabeschlüsse Berücksichtigung der Sozialbeamten.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Festhalle
Dienstag, 6. Juni, 8 Uhr
Letztes Gastspiel A.315
des bedeutend verstärkten Großrussischen
Balalaika-Orchesters
Leitung: **Dr. Eugen Swerkoff**
unter Mitwirkung des Heldentenors
Dr. Alexander Lesin
von der Moskauer Staatsoper
sowie bedeutender russischer **Solotänzer**
Völlig neues Programm, neue Kostüme.
Karten zu M. 20.—, 18.—, 15.— und 10.—
(zuzüglich Steuer und Einlaßgebühr) bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

Arterien-Verkalkung
Gicht/Gelenkreumatismus/Steinleiden
ist heilbar. A.19 Prospekte gratis.
Bio-Chemie-Compagnie, Essen.

Umtausch der Aktien der Pfälzischen Bank in Aktien der Rheinischen Creditbank.

Unter Bezugnahme auf die im Reichsanzeiger Nr. 121 vom 26. Mai 1922 veröffentlichte Aufforderung zum Umtausch der Aktien der Pfälzischen Bank in Aktien der Rheinischen Creditbank geben wir hiermit bekannt, daß der Umtausch in Karlsruhe bei **Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe** ausgeübt werden kann. Die näheren Einzelheiten sind bei der genannten Stelle zu erfahren.

Mannheim, im Mai 1922. A.314

Rheinische Creditbank.

Bürgermeister-Stelle.

Durch Weggang des seitherigen Inhabers ist die Stelle des **Bürgermeisters** der Gemeinde Seckenheim, Amt Mannheim, alsbald neu zu besetzen. Besoldung erfolgt nach Gruppe XI der staatlichen Besoldungsordnung. A303

Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche bis zum **20. Juni lfd. Js.** anher einreichen.

Seckenheim, den 29. Mai 1922.

Gemeinderat.

Zu Pfingsten liegt vollständig vor:

Das Buch der Erziehung

Herausgegeben von
Dr. MAX EPSTEIN
unter Mitarbeit von:

Dr. M. H. Baege, Margarete Berlin, Fritz Boehme, Dr. Georg Chaym, Dr. Felix Emmel, Dr. Max Epstein, Herbert Eulenberg, Traugott Friedemann, Ferdinand Goebel, Richard Gonnermann, Adolf Grimme, Rudolf Hartstein, Franz Hilker, Dr. Leo Hirschlaff, Heinrich Jacoby, Fritz Jahn, Dr. Siegfried Kawerau, Alwine v. Keller, Graf Harry Keßler, Dr. Fritz Klatt, Paul Koske, Dr. Lampe, Dr. Arthur Liebert, Dr. Otto Lipmann, Dr. Theodor Litt, Dr. Ph. Lötzbeyer, Wally Mewius, Dr. Wilhelm Mies, Müller-Lichtenberg, Dr. Friedrich Oeckel, Paul Oestreich, Dr. Alfred Quehl, Dr. Walter Schönbrunn, Johannes Schult, Dr. Karl Schultze, Dr. Anna Siemsen, Dr. Camilla Stiemer-Wechselmann, Lydia Stöcker, Dr. Otto Tacke, Carl Werckshagen, Dr. Karl Wilker, Kurt Witthauer

Die Erziehung im schulpflichtigen Alter nach der Grundschule

Erziehungsfragen müssen wieder „modern", die ernste Beschäftigung mit ihnen muß wieder Pflicht für jeden Volksgenossen werden. Die Eltern zu gewinnen, muß das nächste sein. In ihnen war zuviel Ehrfurcht vor den „Fachleuten" und auch zuviel Bequemlichkeit. Sie wollten ihre Kinder zu Mustermenschen erzogen haben ohne viel eigenes Zutun und, zu ihrer Entschuldigung muß man das sagen, sie hatten auch nicht viel Berater, die sie verstanden hätten. Unser Erziehungsbuch soll hier versuchen, zu helfen. Es soll die Erziehung, das Werden und Wachsen des jungen Menschen verständnisvoll begleiten vom Elternhaus bis zur Selbständigkeit. Gutwillige Eltern werden sich eines Beraters freuen, der ohne Scheuklappen, voll Gegenwartsgefühl und Verantwortungsbewußtsein, zeigt, um was es sich handelt, und ihnen die Wahl läßt, welchen Weg sie einschlagen wollen. Denn es gibt nicht nur einen Weg, einen einzigen und allein richtigen, sondern es gibt ihrer soviel, als es Charaktere gibt, und Pflicht der Eltern ist es, den Weg einzuschlagen, der dem Wesen ihres Kindes am meisten entspricht. Ohne Verantwortung geht das nicht, und auch nicht ohne strenge und umsichtige Prüfung aller Entwicklungsmöglichkeiten. Aber Wahl, Auswahl setzt Fülle voraus, und solche Fülle zu geben, war mit eine der Aufgaben dieses Buches.

Der vorliegende Band umfaßt das Jugendleben vom 11. bis zum 16. oder 18. Lebensjahr. Er zerfällt in drei Abschnitte:

„Der Aufbau der Schule als Kern- und Wahlunterricht"
„Die Erziehung im schulpflichtigen Alter"
„Der Übergang ins praktische Leben".

Den Beiträgen liegt im allgemeinen die Auffassung Paul Oestreichs zugrunde, die Zukunftsschule als elastische Einheitsschule. Gut Ding will Weile haben. Alle Entwicklungsmöglichkeiten konnten nicht auch nur angedeutet werden, aber ein Anfang ist mit diesem Buch gemacht, ein Grund gelegt, auf dem weiter gebaut werden kann. Erziehen heißt: Wege weisen und jenes Wandeln in eigener Kraft stärken.

So wenden wir uns an Eltern und Erzieher und alle, denen es ernst ist mit der Pflicht, durch Erziehung der zukünftigen Generation mitzuhelfen, unser Vaterland zu erneuern.

Das Werk hat einen Umfang von 37 Bogen
Preis brosch. etwa 180 M, geb. etwa 200 M

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe i. B.
Karlfriedrichstraße 14.

Sonntag, den 4. Juni.

Landestheater.		Konzerthaus.	
4—9 Uhr.	65 M.	7—¾10 Uhr.	25 M.
Der Ring des Nibelungen. III. Tag. Götterdämmerung		Liselott von der Pfalz	

Die Stadtgemeinde **Staufen** sucht einen **gebrauchten Sprengwagen** zu kaufen. Angebote sind an das **Bürgermeisteramt** zu richten. A.316

Montag, den 5. Juni.

Landestheater.		Konzerthaus.	
6½—¼10 Uhr.	55 M.	7—9 Uhr.	25 M.
Der Freischütz		Börsenfieber	

Beim **Bad. Gewerbeaufsichtsamt** ist die planmäßige Stelle eines mittleren N.708

Gewerbeaufsichtsbeamten

(Gewerbekontrolleur Bes. Gr. VII) zu besetzen. Die endgültige Uebertragung erfolgt nach einer außerplanmäßigen Bewährungsfrist von etwa 6—12 Monaten. Bewerber mit maschinentechnischer Mittelschulbildung und mehrjähriger praktischer Tätigkeit in gewerblichen oder öffentlichen technischen Betrieben wollen ihre Anträge mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis **15. Juni 1922** bei dem unterzeichneten Ministerium einreichen.

Karlsruhe, den 2. Juni 1922.

Bad. Arbeitsministerium.
Engler.

N.685.2.1. Sinsheim. Luise geborene Zimmermann, Ehefrau des Lokomotivführers Kenne in Mannheim, Augartenstr. 13, hat als Erbin beantragt, ihre Schwester, die Verschollene, am 1. Aug. 1861 in Rappenau geborene Julie Zimmermann, zuletzt wohnhaft in Rappenau, ausgewandert nach Amerika im Jahre 1882, für tot zu erklären.

Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Samstag, 30. Dezember 1922, vorm. 9 Uhr,

vor dem Badischen Amtsgericht Sinsheim anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Sinsheim, 1. Juni 1922.

Badisches Amtsgericht.

Vergebung von Bauarbeiten.

Wir vergeben zu einem Verwaltungsgebäude und zum Umbau der Eilguthalle, ferner zum Dienstgebäude für das Bahnbetriebswerk im Personenbahnhof Freiburg die Erd- und Maurer-, Eisenbeton-, Steinhauer- (Natur- u. Kunstsandsteine), Zimmer-, Schmiede-, Blechner- und Dachdeckerarbeiten (Tonziegel) und zu letzterem Gebäude noch die Installationsarbeiten. Pläne, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen hier, Waldkircherstraße 12, II. Stock, Zimmer Nr. 27, werktags von 8—12 Uhr vormittags zur Einsicht auf. Daselbst auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis **Dienstag, den 20. Juni 1922, vorm. 10 Uhr,** bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. N.706.2.1

Freiburg, 1. Juni 1922.

Bahnbauinspektion 2.

Vergebung von Erd-, Beton- u. Eisenbetonarbeiten

zum Neubau der Schrannenbrücke bei Oberwolfach. Fundamentaushub etwa 440 cbm; Stampfbeton etwa 350 cbm; Verputz etwa 700 qm; Eisenbeton etwa 114 cbm; Rundeisenlieferung etwa 18 500 kg. N.536.2.1

Vergebungsunterlagen u. Angebotsvordrucke können vom unterzeichneten Bauamte gegen portofreie Voreinsendung von 80 Mark bezogen werden. Angebote mit der Aufschrift „Neubau Schrannenbrücke" sind bis zum **17. Juni d. J., vormittags** 11 Uhr, verschlossen und portofrei einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Offenburg, 22. Mai 1922.

Bad. Wasser- u. Straßenbauamt.